

Hilferuf geht nach Hannover und Berlin

STROMTRASSE Mehr Bürgerproteste gefordert – Einwände noch bis 5. Dezember

GANDERKESEE/MTN – Zu „einem Thema mit hoher Brisanz“ hatte die CDU-Fraktion am Mittwochabend geladen, und 50 Bürger waren der Einladung zur Diskussion über die geplante 380-kV-Hochspannungsfreileitung von Ganderkesee nach St. Hülfe (Kreis Diepholz) gefolgt. „Wie recht wir alle gehabt haben, dass wir so vorsichtig sind, haben die Ereignisse im Münsterland gezeigt“, sprach Fraktionschef Hans-H. Hubmann den Anwesenden aus der Seele. Die Folgen der dortigen Schneekatastrophe mit gerissenen Freileitungen und umgeknickten Strommasten hätten durch Erdkabel verhindert werden können. Gestärkt durch dieses Argument mussten sich „möglichst viele Menschen rühren“, forderte Hub-

mann noch stärkere Bürgerproteste.

Die allein reichen aber nicht mehr aus, meinte Hiltraud Lindemann. Die Bürgermeisterin der von der geplanten Stromtrasse ebenfalls betroffenen Gemeinde Colnrade forderte Unterstützung durch Landes- und Bundespolitiker: „Ich hoffe, dass Ministerpräsident Wulff endlich das Gespräch mit Eon-Netz sucht. Wir benötigen unbedingt die Hilfe der Politiker.“ Hilfe, für die auch Hubmann an höchster Stelle werben will: Die Ganderkeseer CDU werde sich an Ministerpräsident Wulff und Bundeskanzlerin Angela Merkel wenden.



Hiltraud Lindemann: Politik muss helfen

Darüber hinaus rief er alle Bürger auf, Einwände gegen die geplante Freileitung einzureichen. Noch bis zum 5. Dezember liegen die Planungsunterlagen im Rathaus öffentlich aus. Und ebenso lange können Einwände erhoben werden.

Dazu rief gestern auch UWG-Ratsherr Otto Sackmann „alle Bürger“ auf.

Lindemann forderte zudem, nicht nur betriebswirtschaftliche Kosten zu vergleichen, sondern die volkswirtschaftlichen zu berücksichtigen. Dann sei die Gasisolierte Leitung „eine echte Alternative, da technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar“.

Dass nur eine Erdverkabelung möglich ist, „wenn man alle Argumente berücksichtigt“, betonte auch Alice Gerken-Klaas. Die Bürgermeisterkandidatin von CDU und FDP war von den Argumenten gegen eine Freileitung derart überzeugt, dass sie ihren Beitritt zur „Interessengemeinschaft Vorsicht Hochspannung“ verkündete. Einem Beispiel, dem zahlreiche Anwesende folgten, die auch zu verstärktem Protest bereit waren.

Den forderte in einer Reaktion auf die Diskussion gestern auch der Sprecher der Arbeitsgruppe in der Gemeinde Ganderkesee, Gerd von Seggern. Er rief zum überparteilichen Protest aller Politiker und Betroffenen auf, „aber auch von (noch) nicht betroffenen Bürgern“.